

Musterprozess

Gutachten soll Schuld bei Radarschäden klären

Gericht will Verhalten der Bundeswehr bei Strahlenopfern beleuchten

erstellt 14:08h

Bonn/dpa. Im Musterprozess um Strahlenschäden durch Radargeräte bei Bundeswehr-Angehörigen will das Bonner Landgericht eine mögliche Mitschuld des Bundes klären. Dazu soll ein Gutachten erstellt werden, wie das Gericht am Freitag in Bonn beschloss. Darin soll besonders dargelegt werden, ob das Verteidigungsministerium über die seit 1975 allgemeine bekannte Gefährlichkeit der Radarstrahlen informierte und ob eine Frühwarnung die späteren Krebsfälle hätte verhindern können. Eine Pflichtverletzung könnte einen Anspruch auf Entschädigung begründen.

Die ehemaligen Bundeswehr-Angehörigen hatten in den 60er und 70er Jahren an den Radargeräten gearbeitet und waren später an verschiedenen Arten von Krebs erkrankt. Sie fordern in dem Zivilstreit vom Verteidigungsministerium jeweils mindestens 60 000 Euro Schmerzensgeld.

Ein rasches Urteil ist nicht zu erwarten. Das Gericht will auch von beiden Parteien noch einmal schriftlich Erklärungen zum Sachverhalt einholen. Es ist der erste derartige Prozess gegen die Bundeswehr. Unabhängig vom Bonner Verfahren ist die Bundesregierung bereit, nach den grundsätzlichen Empfehlungen der Radarkommission Betroffenen im nachgewiesenen Einzelfall Versorgungsleistungen zu gewähren.



Der Umgang mit Radartechnik kann zu Gesundheitsschäden führen. (Foto: dpa)

► [Archiv: Radaropfer werfen Bundeswehr mangelnden Schutz vor](#)

✉ [Mailen](#) 📄 [Druckfassung](#) ⏪ [Zurück](#)

Deutschland

- [Bundestag debattiert kontroverse über die Erweiterung](#)
 - [Gegenseitige Vorwürfe vor neuer Zuwanderungsrunde](#)
 - [Berlin liberalisiert Umgang mit Haschisch](#)
 - [Streit um Sozialreformen nicht zu Ende](#)
 - [Koalition will Ausbildungspakt mit Wirtschaft](#)
 - [Mehr Platz in Wartezimmern durch die Gesundheitsreform](#)
 - [Gesetz gegen Missbrauch von Handys und Webcams](#)
 - [Bundestag billigt Gesetz zur Besteuerung von Renten](#)
 - [Unisex-Tarife heizen Streit zwischen Geschlechtern an](#)
 - [Erklärung verurteilt Antisemitismus und Intoleranz](#)
 - [Steuerausfälle in Höhe von bis zu 20 Milliarden Euro drohen](#)
-